



Antrag

der Fraktion der SPD

Der Überlastung von Strafjustiz und Justizvollzug begegnen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag nimmt mit großer Sorge zur Kenntnis, dass die Sicherstellung einer effektiven Strafverfolgung infolge von anhaltenden Überlastungen von Staatsanwaltschaften und Gerichten gefährdet erscheint. Die Anzahl der unerledigten Strafverfahren und die Bearbeitungsdauer der Verfahren steigt seit dem Jahr 2020 kontinuierlich an. Es ist daher zu befürchten, dass das Vertrauen der Menschen in den Rechtsstaat schwindet, wenn dieser die öffentliche Sicherheit nicht nur durch polizeiliche Gefahrenabwehr, sondern auch durch zeitnahe und konsequente Reaktionen auf delinquentes Verhalten gewährleisten kann. Der personelle Ausbau der Landespolizei im Bereich der Strafverfolgung droht zudem leer zu laufen, wenn die z.T. erhebliche Arbeit der Ermittlerinnen und Ermittler in zunehmenden Verfahrenseinstellungen endet.

Der Landtag stellt weiter fest, dass die Situation im Strafvollzug des Landes sich offensichtlich ebenfalls der Belastungsgrenze nähert, so dass eine menschenwürdige Unterbringung der Straf- und Untersuchungsgefangenen gefährdet erscheint.

Auch das Personal zur medizinischen Versorgung der Gefangenen ist an der Belastungsgrenze. Die Vergütungen und die Bedingungen der Einstellung sind nicht geeignet, qualifiziertes Personal für den medizinischen Dienst in den Anstalten gewinnen zu können.

Der Landtag hat hierbei auch die Situation der Beschäftigten in der Justiz und dem Justizvollzug im Blick, deren Arbeitsbelastung infolge dieser Umstände steigt und deren Arbeitsbedingungen sich hierdurch verschlechtern.

Der Landtag ist daher auch besorgt, dass infolge dieser Situation die Gewinnung qualifizierten Personals in der Justiz noch schwieriger wird.

Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf, bis zum Ende des Jahres einen umfangreichen Aktionsplan zur Entlastung von Strafjustiz und Strafvollzug sowie der Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten auszuarbeiten, um der beschriebenen Situation zu begegnen.

Marc Timmer
und Fraktion